

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz
Gemeindeverbands-Girokonto: Bad Schandau 36. :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — Druck-Anschrift: Elbzeitung Bad Schandau



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: A. Hohlkappeler

Die Sächsische Elbzeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 6 Uhr. Verkaufspreis: monatlich 8 M., durch Post oder die Post (einschließlich Postgebühren) 9 M. Einzelne Nummer 40 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie Bestellungen an

Anzeigenannahme bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Preis für die Kleinanzeigen: 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 2 M. (tabellarischer und schwerer Satz nach Vereinbarung), Reklame und Eingeladene die Seite 6 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung berechtigt den Bezahler nicht zur Rückzahlung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 60

Bad Schandau, Sonnabend, den 11. März 1922

66. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei haben in einer gemeinsamen Sitzung dem Steuerkompromiß endgültig zugestimmt.

* Der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Hermes ist unter Enthebung von diesem Posten zum Reichsfinanzminister ernannt worden.

* Der im Zusammenhang mit der Flucht und dem Zerstörungsmord Gruppens mehrfach genannte Gefängnisinspektor Schulte in Hirschberg hat sich in seiner Wohnung erschossen.

* Der Kapitalwert der Saargruben soll auf die französischen Reparationsansprüche für 1923 angerechnet werden.

* Das englische Mitglied der gemischten Kommission des Völkerbundes zur Beschränkung der Rüstungen Lord Escher hat einen Entwurf vorgelegt, der dazu bestimmt ist, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu Lande herbeizuführen.

* Der Staatssekretär für Indien Montagu hat sein Amt niedergelegt, weil er in der Frage der Bewilligung türkischer Wünsche im nahen Osten mit der Londoner Regierung in Konflikt geriet.

Das Steuerkompromiß.

Einen Tag später, als in Aussicht genommen war, sind die Parteien des Reichstages mit dem großen Werk des Steuerkompromisses fertig geworden. Das Kompromiß ist so, wie es zur Anwendung der letzten Wirtschaftskrisis provisorisch vereinbart war, im großen und ganzen unverändert geblieben. Es wird im Wege eines Manuſkriptes zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt, so daß alle Parteien, die daran mitgewirkt haben, verpflichtet sind, die gesamten Vorlagen, so wie sie sind, gutzuheißen, auch diejenigen, die ihnen, sei es aus grundsätzlichen, sei es aus praktischen Bedenken, mehr oder weniger zuwider sind. Ähnliches haben wir ja auch schon bei früheren Steuergelegenheiten erlebt; viel Segen ist dabei freilich niemals herausgekommen, noch läßt sich wohl ein anderer Weg bei der Vielgestaltigkeit unseres Parteienlebens in so schwierigen Geldfragen überhaupt nicht finden. Dr. Wirth jedenfalls kann mit dem Ergebnis dieser mühevollen parlamentarischen Verhandlungen vorläufig zufrieden sein.

Es bedeutet für ihn in erster Linie einen erheblichen politischen Erfolg; denn nach dem Auslande hin kann er nunmehr auf den festen Willen einer starken, geschlossenen Reichstagsmehrheit hinweisen, nach Maßgabe unserer vorhandenen Kräfte Ordnung in das deutsche Finanzwesen zu bringen. Nach innen hin muß aber eine Regierung mit erhöhter Autorität auftreten können, der es gelungen ist, für eine so ungeheure neue Belastung des deutschen Volkes diejenige Partei mit heranzuziehen, die bisher von den Regierungsgeschäften ausgeschlossen war. Daß ihm viel daran gelegen sein mußte, gerade die Deutsche Volkspartei für das Steuerkompromiß zu gewinnen, ist ohne weiteres verständlich, denn hinter dieser Partei stehen nun einmal äußerst wertvolle Wirtschaftskräfte, die nicht ungeachtet zur Seite gestossen werden dürfen, wenn unsere gesamten Steuerquellen aufs neue und bald bis zum Weißbluten angespannt werden sollen.

Die Art freilich, wie die Verhandlungen zwischen Regierung und Deutscher Volkspartei über den Beitritt zur Steuerkoalition sich im Laufe der Wochen und Monate gestaltet haben, kam fast einer Tragikomödie gleich. Krieges- und Liebeserklärungen lösten einander ab, und nach dem scharfen Mißtrauensvotum, das Herr Stresemann schließlich gegen die Person des Reichskanzlers im Reichstage einbrachte, glaubte man schon, daß an dem tragischen Ausgang dieses Dramas nicht mehr zu rütteln sein werde. Aber siehe da, von den berühmten „persönlichen und sachlichen Garantien“ der Deutschen Volkspartei blieb am Ende eine Denkschrift übrig, die so gehalten war, daß ihr Inhalt sowohl vom Reichskanzler wie von allen Regierungsparteien ohne weiteres als „Nichtlinien“ für die zukünftige Regierungspolitik angenommen werden konnte. Was sie verlangt, ist auch in der Tat Gemeingut so ziemlich des ganzen deutschen Volkes: sparsame Verwaltung in den Reichsbetrieben, die sich unter allen Umständen selbst zu erhalten haben. Keineswegs sollen die neuen Einnahmen zur Deckung von Fehlbeträgen bei Post und Eisenbahn Verwendung finden dürfen, insbesondere dürfen die Mittel aus der Zwangsanleihe keineswegs etwa dazu dienen, Devisen zu kaufen und mit ihnen Goldleistungen an die Entente abzuführen. Das darf schon um deswillen nicht geschehen, weil die Zwangsanleihe ja nur einmal eingezogen werden kann, während unsere Verpflichtungen an die Entente noch viele Jahre lang weiter laufen.

Besonders großen Raum nimmt in der Denkschrift die Frage der Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung ein. Was hier gesagt wird, haben wir nachgerade bis zum Überdruß vernommen. Die Denkschrift kann nur feststellen, daß bisher nichts Praktisches erreicht worden ist. Sie selbst aber weiß nur den Vorschlag zu machen, daß die Verbilligung der Verwaltung nicht als Nebenaufgabe der vorhandenen Ämter, sondern als Hauptaufgabe in die Hände eines Organs gelegt werden müsse, das sich ihr ausschließlich zu widmen habe. Dafür wird ein neuer Reichsminister in Vorschlag gebracht, dem eine kleine Kommission von besonders bewährten Sachverständigen an die Seite zu stellen sei. Aber der Pferdesuß kommt gleich hinterher: dieser neue Reichsminister soll „selbstverständlich“ nur Vorschläge machen dürfen, über die in letzter Instanz die parlamentarischen Körperschaften zu entscheiden haben. Diese sollen sich von vornherein zu dem festen Entschluß verpflichten, alle die Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, ohne Voreingenommenheit zu prüfen, und was als notwendig anerkannt wird, dann auch rückwärtslos durchzuführen.

Aber Versprechen und Halten ist auch für Reichstagsparteien zweierlei, heute mehr als je, wo die Wähler gelernt haben, ihre Wünsche und Forderungen gegenüber der Volksvertretung mit sehr nachdrücklichen Mitteln geltend zu machen. Um dem gegenüber der Exekutive ein gewisses Übergewicht zu ermöglichen, tritt die Denkschrift dafür ein, daß dieser neue Reichsminister ein politisch unbelasteter, andererseits aber in der Reichs- und Staatsverwaltung durchaus erfahrener Mann sein soll. Ihm soll es auch an erster Stelle obliegen, auf eine wirtschaftlichere Gestaltung der großen Reichsbetriebe hinzuwirken. Diese müßten nach der Richtung eines mehr privatwirtschaftlichen Ausbaues reformiert werden, und die Parteien sollten sich von vornherein dazu bereitfinden, diese Fragen unbeeinträchtigt durch rein theoretische Bedenken oder gar durch parteipolitische Rücksichten zu entscheiden. Wobei natürlich die Hoheitsrechte des Reiches ebenso wie die Rechte der Beamten durchaus zu wahren wären. Auch für den Finanzminister wird ein unbedingtes Einspruchsrecht gegen erhebliche Neubelastungen des Reichshaushaltes gefordert, die Wichtigkeit der Produktionssteigerung betont und der weitere Abbau der Zwangswirtschaft in schrittweiser Entwicklung als notwendig bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird ganz vorsichtig von Personalverschiebungen in den Ämtern gesprochen, im übrigen aber jede bestimmte Forderung vermieden. Fast scheint es so, daß schon die bloße Ernennung von Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister die Herzen von der Deutschen Volkspartei, als ausbrechende Garantie für die Beachtung ihrer Vorschläge, zur Befriedigung habe. Auf der Gegenseite hat man offenbar vollkommenes von ihm erwartet.

Die Parteipresse zum Steuerkompromiß. Der Ruf nach der großen Koalition. Mit Ausnahme der Linksradikalen wird das Steuerkompromiß fast ausnahmslos von den Blättern aller Parteien als ein Schritt auf dem Wege der Einigung begrüßt. Die volksparteiliche Zeit erklärt: „Wenn durch diese Nichtlinien eine sichere Grundlage für die Steuerpolitik gewonnen und die Aussicht eröffnet worden ist, daß eine Gesundung unserer Finanzwirtschaft jetzt angebahnt werden kann, so liegt darin die beste Befestigung dafür, daß sich die Deutsche Volkspartei bei ihrer Haltung in der Steuerfrage leblich von dem Wohle des Ganzen hat leiten lassen.“ — Das Zentrumblatt Germania meint, daß über dieses Ergebnis alle daran beteiligten Parteien eheliche Genugtuung empfinden dürfen. Der entscheidende Wille der Vertreter der großen Mehrheit des Volkes in vaterländischem Sinne zusammenzuarbeiten, ist ein Lichtblick in dem unerfreulichen Dunkel.

Die Parteipresse zum Steuerkompromiß.

Die Deutsche Zeitung äußert die Ansicht, daß nunmehr auch die Bildung der großen Koalition nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe, nachdem die Nichtlinien einer Oppositionspartei zu den Richtlinien der Regierung geworden sind. — Zu diesem Wunsch der Post, Bg. hört man aus parlamentarischen Kreisen, daß er wohl noch nicht gleich in Erfüllung gehen wird, da die beteiligten Parteien selbst, vor allem Volkspartei und Sozialdemokraten glauben, daß wegen der noch nicht vorhandenen Einstimmigkeit in einigen außerpolitischen Fragen der Zusammenschluß der Koalition noch einige Zeit aufgeschoben werden soll.

Nur Unabhängige und Kommunisten laufen Sturm gegen das Kompromiß, wobei sie besonders scharfe Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten richten. Die Freiheit schreibt: „Die Haltung der Rechtssozialisten ist mit den ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen unverträglich. Das Steuerkompromiß ist keine Etappe auf dem Wege zur Erfüllung des Finanzprogramms der Arbeiterpartei, sondern ein großes Hindernis, für das die Rechtssozialisten die volle Verantwortung tragen.“

Diese Meinungen sind nur als vorläufige Stellungnahmen zu bewerten, da die Einzelheiten des Kompromisses ja erst noch beraten werden sollen, wobei es noch manchen scharfen Kampf geben dürfte.

Dr. Hermes Reichsfinanzminister.

Berlin, 10. März.

Nach dem Abschluß des Steuerkompromisses war es für die Weiterführung der Arbeiten an den Steuergeetzen eine dringende Notwendigkeit, das provisorisch verwaltete Amt des Reichsfinanzministers endgültig zu besetzen. Das ist nun in der längst erwarteten Weise geschehen. Amtlich wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Dr. Hermes ist im Juni 1920 nach den Reichstagswahlen in das Reichskabinett eingetreten, und zwar als Leiter des Ernährungsministeriums, unter dem Kanzler

Fehrenbach. Vor einiger Zeit wurde ihm vom Reichskanzler Dr. Wirth auch das Finanzministerium übertragen.

Zu den Beschuldigungen gegen Dr. Hermes, daß er von einem Winzerverband Wein zu außerordentlich billigen Preisen bezogen habe, und diesem Verband dafür besondere Erleichterungen beim Bezug von Zucker verschafft habe, veröffentlicht die Berliner Blätter weitere Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß die zuständige Reichszentrale diese Zuweisung nicht für erforderlich gehalten habe, daß Gesuche ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt worden seien, und daß entgegen der bisherigen Praxis Preußens Mitbestimmungsrecht ausgeschaltet worden sei. Da die Klage gegen die Urheber dieser Beschuldigungen vom Minister bereits eingereicht worden ist, wird man das Ergebnis der gerichtlichen Entscheidung abwarten haben.

Der Nachfolger Dr. Hermes.

Berlin. Nach unbefätigten Blättermeldungen glaubt man, daß für den Posten des Ernährungsministers der Zentrumsabgeordnete Dr. Gußard in Betracht kommen soll. Herr G. ist Mitglied der Regierung in Koblenz und seit dem März v. J. dritter Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Amerika als Kontrolleur.

Der tiefere Sinn der Absage für Genua.

Aus den allmählich bekanntwerdenden Einzelheiten des amerikanischen Beschlusses, von Genua fernzubleiben, gewinnt man eine etwas veränderte Auffassung von den recht interessanten Absichten, die die Amerikaner mit ihrer Absage offenbar verfolgen. In der Note, in der der Staatssekretär Hughes den Italienern die Ablehnung der Einladung übermittelte, heißt es:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten muß ein großes Interesse an jeder Konferenz nehmen, welche wirksame Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas verheißt, denn nicht nur ist es unser in jeder Hinsicht Wunsch, daß die Völker, welche am meisten unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen und Erschütterungen litten, zur Wohlfahrt zurückkehren, sondern es ist auch klar, daß ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung der Welt keine Rede sein kann. Man kann jedoch unmöglich dem Schlusse entgegen, daß die vorgeschlagene Konferenz in der Hauptsache keine wirtschaftliche Konferenz ist — sind doch von den Beratungen Fragen ausgeschlossen worden, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptursachen der wirtschaftlichen Störung weiterwirken müssen —, sondern daß sie eher einen politischen Charakter trägt, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich an einer solchen in nützlicher Weise nicht beteiligen könnte.“

Aus diesen sehr sorgfältig gewählten Wendungen erkennt man ganz deutlich, daß Amerika nicht grundsätzlich die Teilnahme an europäischen Konferenzen, sondern nur die Beteiligung an dieser Konferenz mit diesem veräußerten und von Poincaré seiner Hauptpunkte beraubten Programm ablehnt. Das heißt im umgekehrten Sinne, Amerika sagt: „Wenn ihr wollt, daß wir teilnehmen, so stellt ein vernünftiges Programm auf, welches nicht von vornherein jeden Erfolg ausschließt!“ Der Entschluß Amerikas, in Genua nicht teilzunehmen, wird daher auch in Washington als der Beginn einer Kampagne eines „tatvollen Druckes auf Europa“ angesehen, um dieses zu veranlassen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau auf besseren Grundlagen zu betreiben. Man glaubt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen inoffiziellen Beobachter nach Genua entsenden wird. Man wäre daher gar nicht erstaunt, wenn die Konferenz unter diesem amerikanischen „Druck“ nochmals verschoben und ihr Programm verbessert würde.

Das Ende der früheren Hoheitszeichen.

Entfernung der Wälder und Büsten.

Die Hoheitszeichen des früheren monarchischen Staatssystems sollen nunmehr endgültig von Dienstflageln und Amtsschildern entfernt werden. Wie der Reichsinnenminister auf eine an ihn gerichtete Anfrage mitteilt, stehen die entsprechenden Verfügungen unmittelbar vor ihrem Erlaß. Sie haben sich dadurch verzögert, daß zur Erspahrung von Kosten für die Anschaffung vorläufiger Siegel und Schilder zunächst nach Einholung und Durcharbeitung mehrerer Entwürfe eine befriedigende Lösung der endgültigen neuen Formen herbeigeführt werden sollte. Dies ist inzwischen geschehen. Die zu erlassende Verfügung ist von dem Reichskabinett bereits genehmigt. Auch die Anschaffung neuer Amtsschilder ist eingeleitet.

Die Reichsregierung beabsichtigt ferner anzuordnen, daß aus den Amtsräumen der Reichsbehörden alle Wälder, Büsten und Statuen grundsätzlich zu entfernen sind, deren Verbleib in amtlichen Räumen als Widerspruch gegen die verfassungsmäßige Staatsform angesehen werden und daher zu Mißdeutungen führen könnte. Ausgenommen können mit Zustimmung der zuständigen obersten Reichsbehörde Darstellungen bleiben, die einem Raum als Teil des Ganzen derart eingefügt oder angepaßt sind, daß ihre Herausgabe eine künstliche oder historische Einheit zerstören würde. Verstöße gegen diese Anordnungen werden im Wege der Dienstaufsicht abzustellen und nötigenfalls im Disziplinarwege zu ahnden sein.